

Evangelischen
engste ihr In-
weilichen Be-
rates. Herrn
herrn Oberkon-
mit, Herrn Ge-
Berliner Stadt-
als Vertreter
vom Evange-
er Führer der
Berlin.
nnes Weber.

hrichten.

ht in Bielefeld,
indenden Vor-
nur noch zu
lung. Erwähl-
mpflehend hin-

es Bibelbundes
usgegeben von
len, Stauteich-
den.

Heute 8 Uhr
4 Uhr, Turnen
schar in Gosen.
Vereinsstunde
8 1/2 Uhr, im
unde am Don-
er Vorstand.
emismus?"

am 31. Januar,
im Jünglings-
ng des Christ-
mitglieder sind

hel.
ben Morija.

schwarzwaldb, höchst
Gurpas. Schri-
ungsheim. Haus
lich eingerichtete
gliche Winterkuren,
ie. Zentralheizung
n. Pfeiseneisen wor-
Wasser in allen
ganze Südfront mit
offen verleben. Gute
Verpflegung bei 5
stättige. Staubeis-
Wädhige Preise.

ein). Heimvolkshoch-
en 4. 18 J. Einj. u.
Anerkennung auf
eischer Grundlage.
eulischen Unterricht
stlicher mit Besit-
n.

in Solingb. Döfel.
im über dem Weers-
nize Jahre geöffnet.
raufenthalt, Gele-
turen, Winterport.
fragen an Strick-
n.

a. Herzog Christoph,
1. 60 Zimmer von
tralheizung, Elektr.
geld, Aufzug. Vor-
m.

erfahrene. Christl.
in-Verpflegung. Sein-
annenhochwald und
Haffersode der Harz-
albelige. Das ganze
eulischen G. Sieffeling

lacher Schneegebirge
durcheinander. Hölzer
einem Fußweg ge-
läng. Aufenthalt
von 1,50 Mt. an.
Charlotte v. Kadeke

ntal. Christl. Er-
Schwarzwaldb, herr-
er. Zimmer, gute
ie Stunde von Bad
hof. Wanda-
Preis Mt. 4.50 bis 5.50

So finden die besten
gewinnhafte, indi-
lung und Pflege
wald, „Heilhaus“
Darmstadt.

ra. Christl. Erp-
Solips. „Hartstriebe“
toder. Fernruf 56.

(Wetbed) Gr-
berufstätige Damen.
g. Schöne Zimmer
isch. Tagespreis
5 Mt.

Christl. Solips, Stern
1928. 8 Min. von
e. Lage. 10 Zimmer
- 9 Mt.

ab Erholungsheim.
Wentzenstraße 31.
mittelbar am Kur-
einer. Zentralhe-
Wette. Berg. Auf-
s und Nachschon-
s durch Prospekt.

Weltpolitik: Dr.
thel. Aufschriften
28. Für Geld-
aufwärts. Christl.
3911/3916, Amt
Bethel.

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
6.00 Bietelgebühren. Beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Bfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Bfennig.
Reklame 30 Bfg. Beilagen unter 26 g je tausend 15 Mt.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 25.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Donnerstag, den 30. Januar 1930.

12. Jahrgang.

Wer in sein Herz blicket, spricht
Von einem Andern Arges nicht.

Freidank.

Umschau.

Heimkehrer. — Die Londoner Konferenz. — Frankreichs
Machtpolitik.

Der unbestreitbare Erfolg des österreichischen Bundes-
kanzlers Schöberl auf der Haager Schlusskonferenz hat
auch rein äußerlich seine wohlverdiente Anerkennung ge-
funden. Eine nach Tausenden und aber Tausenden zäh-
ende Volksmenge erwartete den zurückkehrenden Kan-
zler am Wiener Westbahnhof und bereitete ihm unter den
Klängen der österreichischen Nationalhymne eine stür-
mische Guldigung. Auch die ungarische Delegation, die
— gestützt auf die Freundschaft Italiens — die Tribut-
verpflichtungen bis auf 1 Prozent des gesamten ungari-
schen Haushaltes hinauszudrücken vermocht hatte, erfreute
sich eines begeisterten Empfanges in Budapest. Aber auch
in Berlin hatte man — und zwar auf dem Bahnhof
Friedrichstraße — die nötigen Vorbereitungen getroffen
und die ehemaligen Fürstenzimmer hergerichtet, um der
heimkehrenden deutschen Delegation wenigstens ein paar
offizielle Begrüßungsworte zu widmen. Aber die deutsche
Delegation zog es vor, nicht erst am Bahnhof Friedrich-
straße auszustiegen, sondern in aller Heimlichkeit den
Zug bereits am Bahnhof Zoologischer Garten zu ver-
lassen und sich unter starker Bewachung von Kriminal-
beamten zu den Autos zu begeben, die sie in unauffällig-
ter Weise ins Innere der Stadt brachten. Eine nicht ge-
rade erhebende Heimkehr. Doch wen wundert's? —

Es war ein zu trostloses Ergebnis, was diese Männer
mit nach Hause brachten. Schon der ursprünglich in Paris
vereinbarte Youngplan war unerträglich genug. Was
man jedoch im Haag daraus hat machen lassen, ist unge-
heuerlich. Zwar war man nach dem Haag gegangen mit
der feierlichen Erklärung, eine Verschlechterung
des ursprünglichen Youngplans unter keinen Umständen
zugulassen. Die Haager Verhandlungen begannen, — und
die Verschlechterung des Youngplans wurde mit einer
Geräuschlosigkeit in Kauf genommen, als ob man nie
etwas dagegen einzuwenden gehabt hätte. Man gab fer-
ner nicht nur in der Mobilisierungsfraage nach,
sondern man erklärte sich auf Drängen Frankreichs auch
mit der Tributzahlung jeweils in der Monatsmitte ein-
verstanden, obwohl man auch in dieser Frage die Inter-
essen des deutschen Volkes mit unbeugsamer Entschlossen-
heit zu verteidigen ausdrücklich erklärt hatte. Man hatte
ferner — übrigens ganz im Sinne Stresemanns — das
deutsche „Ja“ von der restlosen Befreiung des Saarge-
bietes abhängig gemacht, — das „Ja“ ist ausgespro-
chen; aber um die Befreiung des Saargebietes steht es
genau so fragwürdig wie zur Zeit des Dawesplans. Die
Möglichkeit neuer Sanktionen haben unsere De-
legationsführer von Anfang an mit aller Entschiedenheit
zurückgewiesen, — heute liegt das Sanktionsproblem für
das deutsche Volk schlimmer als zur Zeit der unerbür-
teten Versailler Gewaltpolitik. Der bekannte Außenpo-
litiker Professor Gerland-Zena schreibt: „Das Resultat
der Haager Konferenz ist eine vollendete Nieder-
lage Deutschlands. Ich glaube kaum, daß in Frank-
reich nach 1871 ein Ministerium auch nur 24 Stunden
einen derartigen Tatbestand hätte überleben können.“

Aber um all diese Dinge — so verheerend sie für das
ferne Schicksal des deutschen Volkes sein mögen —
kümmern sich die großen Mächtsstaaten der Welt schon
heute nicht mehr. Die Londoner Flottenkonfe-
renz mit ihren weltumspannenden imperialistischen Hin-
tergründen beschäftigt wenige Tage nach der deutschen
Tragödie im Haag das Interesse der offiziellen und nicht-
offiziellen Welt in einem ganz anderen Maße als etwa
die Frage, mit welchen neuen Elendsziffern das deutsche
Volk die Haager Frühstücksserie zu bezahlen haben wird.
Das Schicksal eines ohnmächtigen und am Boden liegen-
den Einzelvolkes interessiert die großen und freien
Völker nicht. Am allerwenigsten in einem Augenblick,
wo es wieder einmal um die zukünftige Sicherung des
Weltfriedens und der Freiheit dieser Völker geht. Denn
die Londoner Flottenkonferenz ist alles andere als eine
ehrliche Abrüstungskonferenz. Auch sie ist nichts anderes
als eine reine Macht- und Finanzfrage.

Die enormen Ausgaben der einzelnen Staaten für
Rüstungszwecke nämlich belasten die öffentlichen Finan-
zen dieser Staaten in einer Weise, daß sie ein notgedrun-
genes Interesse daran haben, ihre Rüstungsausgaben so
weit wie irgend möglich zu senken, ohne aber damit ihre

Generalsuperintendent D. Zöllner 70 Jahre alt.

Am 30. Januar feiert der Generalsuperintendent der
evangelischen Kirche Westfalens D. Zöllner in Mün-
ster i. W. unter Anteilnahme der weitesten Kreise seinen
70. Geburtstag. Der Jubilar ist ein Kind Minden-Ra-
vensbergs. Im Jahre 1860 wurde er als Sohn eines
Eisenbahn-Bremsers in Minden i. W. geboren. Sein Va-
ter wurde bald nach Gütersloh versetzt, sodas D. Zöllner
seine ganze Kindheit und Jugend in Gütersloh verlebte.
Nach Beendigung seiner Studien in Leipzig, Halle und
Bonn und pfarramtlicher Tätigkeit in Gütersloh und
Friedrichsdorf in der Senne, wurde er 1889 Pfarrer
in Barmen-Wupperfeld. Im Jahre 1897 folgte er dem
Ruf in das Amt eines Vorstehers am Kaiserwerther Dia-
konissenhaus. Seit dem Jahre 1905 steht er als General-
superintendent an der Spitze der evangelischen Kirche
Westfalens.

D. Zöllner ist durch seine zielbewusste Förderung der
Liebes- und Wohlfahrtsarbeit der ev. Kirche in der west-
fälischen Inneren Mission bekannt geworden. Die große
Organisation der westfälischen Frauenhilfe (160 000 Mit-
glieder) mit ihren zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen ist
im wesentlichen sein Werk. Die große, vorbildliche evan-
gelische Arbeiterinnenkolonie bei Wengern verdankt ihre
Entstehung seiner Initiative. Die energische Zuangriff-
nahme sozialer Aufgaben durch die evangelischen Kirchen-
gemeinden ist von ihm angeregt worden. Die heutige Be-
wegung in weiten Kreisen der evangelischen Männer-
und Frauenwelt mit dem Ziel einer aktiven Mitarbeit
an den vielfältigen Aufgaben der Kirche wurde von ihm
tatkraftig gefördert. Daß die Kirche die Mutter aller
Leidenden, Unterdrückten, Elenden und Verirrten ist,
wünschte er in tätigen Glauben bewährt zu sehen. So ist
er einer der bekanntesten Führer der Inneren Mission
der evangelischen Kirche geworden.

Schon vor dem Kriege hat D. Zöllner auf die Un-
sicherheit der gesamten Lage hingewiesen, die sich für das
deutsche Volk aus der innen- und außenpolitischen und
kulturellen Konstellation und für die Kirche aus der Ra-
strophie des sich ankündigenden Umsturzes ergab. Er
hat dann durch die Mitwirkung an der zeitgemäßen Ge-
staltung der kirchlichen Verfassung und durch die Klärung
der inneren Position der Kirche viel zur Ueberwindung
der Krise in den Nachkriegsjahren beigetragen. Sein
Eintreten für die religiösen Minoritäten hat f. Zt. nicht
weniger Aufsehen erregt als später sein entschlossener
Kampf für die Sicherung der reformatorischen Bekennt-
nisgrundlage der evangelischen Kirche. In den heißen
Kämpfen um ein zeitgemäßes Reichsgesetz wurde er
als energischer Vertreter des Rechtes der Kirche auf Mit-
wirkung am Religionsunterricht der Kinder evangelisch-
kirchlicher Eltern und des Rechtes dieser Eltern auf Schu-
len ihres Bekenntnisses für ihre Kinder oft genannt. Er
wünschte, im Rahmen der staatlichen Ordnung stets die

Freiheit der persönlichen Ueberzeugung gewahrt zu sehen
und forderte gegenüber jeglichem kulturellen Absolutis-
mus den notwendigen Lebensraum zur Betätigung der
freien Kräfte. Ueber Westfalen hinaus wirkte D. Zöll-
ner als Vorstandsmitglied großer evangelischer Reichs-
verbände, sowie des evangelisch kirchlichen Hilfsvereins
und der „Lutherischen Konferenz“. Seit dem Beginn der
internationalen Einigungsbewegung der protestantischen
Kirchen hat er in ihr führend mitgearbeitet und aktiu
an allen großen internationalen Kirchenkonferenzen teil-
genommen.

Am 1. Juli wird D. Zöllner nach fast 25-jähriger Tä-
tigkeit als Generalsuperintendent von Westfalen nach der
Vorschrift des kirchlichen Dienststellengesetzes in den
Ruhestand treten. Die evangelische Kirche verliert damit
einen bedeutenden und wirkungskräftigen Führer, dem
sie viel verdankt. —

Wir Leute von Bethel haben besonderen Grund, un-
serm Generalsuperintendenten zu seinem Geburtstage
Gottes Segen zu wünschen. Als Hilfsprediger in Fried-
richsdorf hat er das damals noch so arme Sennegebiet
Bethels, v. a. Wilhelmshof, als ein Gebiet angesehen,
dem er in der Freiheit der Liebe auch dienen dürfe. Un-
vergleichlich sind mir die Andachten, die der Hilfsprediger
Zöllner in Wilhelmshof den Wanderern hielt. Es war
wie ein Frühlingserwachen aus dem vom Geist gewirkten
Glauben und aus der Liebe heraus. Hier war Evange-
lisation im eigentlichen Sinne des Wortes, eine Verkün-
digung, die durch nichts anderes wirkte und wirken wollte,
als durch die schlichte Darbietung des Evangeliums selbst.
Sein tiefes Verständnis für die Diakonie führte später
den Barmen Pastor nach Kaiserwerth. Die acht Jahre
seiner Wirksamkeit dort waren durch die Freubigkeit
eines ungewöhnlichen Arbeitseifers, dem gerade auf die-
sem Gebiet alles zu gelingen schien, besonders ausgezeich-
net. In dem Amt des Oberhirten der evangel. Kirche
Westfalens aber blieb sein Herz weiter der Diakonie zu-
gewandt. Es wäre eine Aufgabe für sich, zu bestimmen,
wie stark auch seine Gedanken über die Kirche diakonisch
bestimmt sind. Seitdem er uns nun wieder in größere
Nähe gerückt war, hat er auch an Bethels Freude und
Leid tätig mitgetragen. An den unvergessenen Tagen der
Trauer, als Vater Bodelschwings und später sein Sohn
Wilhelm begraben wurden, bot er uns den Trost des
Wortes. Er freute sich andererseits auch mit an mehr als
einem Bethelfest. —

So ist es ein Gruß der Liebe, mit dem wir ihm wün-
schen, daß eines seiner Lieblingsworte: „Selig sind die
Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlan-
gen“, auch seinen Lebensabend durchleuchten und durch-
wärmern möge. Wilim.

nationale Schlagkraft irgendeinem gedachten Zukunfts-
gegner gegenüber auch nur im Geringsten zu schwächen.
Ein einzelner Staat kann selbstverständlich aus
finanzpolitischen Gründen seinen Rüstungssetat nicht sen-
ken, ohne sich nicht zugleich in verteidigungspolitischer
Beziehung den anderen Mächtsstaaten gegenüber in einen
höchst gefährlichen Nachteil zu versetzen. Wenn also ge-
spart werden soll, dann müssen alle sparen, — dann
müssen alle ihre Rüstungen einschränken, damit es der
einen oder der anderen vertrauensseligen Nation nicht
hinterher genau so wie dem gutgläubigen deutschen
Michel ergeht. Man sieht sich also gezwungen, auf einer
internationalen Konferenz zusammenzukommen
und eine für alle verbindliche Rüstungsbeschränkung zu
beschließen. Das ist der finanzpolitische Sinn der
Londoner Flottenkonferenz.

Nun aber erhebt sich sofort die Frage, in welchem ge-
genseitigen Verhältnis die Rüstungsbeschränkungen der
einzelnen Nationen erfolgen soll. Denn man wird dem welt-
umspannenden britischen Imperium ganz selbstverständ-
lich eine stärkere Flotte zugestehen müssen als etwa den
Japanern, die nicht so ausgedehnte Interessen zu vertei-
digen haben; und man wird den Italienern keine so
starke Flotte zubilligen können, wie den Vereinigten
Staaten von Nordamerika, die eine macht- und wirt-
schaftspolitische Ausweitung erfahren haben, die selbst
hinter Englands Machtfülle in keiner Weise mehr zurück-
steht. Man sucht also nach einem Schlüssel, der den je-
weiligen Machtverhältnissen der einzelnen Seemächte ge-
recht werden soll. Und hier erhebt sich das machtpoli-

tische Problem der Londoner sog. „Seeabrüstungs-“
konferenz. Denn jede einzelne der beteiligten Nationen
möchte selbstverständlich eine möglichst starke Flotte
haben.

Es ist kein Geheimnis, daß sich England den Nach-
kriegsverhältnissen gebeugt und unter Verzicht auf seine
traditionelle Vorherrschaft zur See dem großen nordame-
rikanischen Rivalen die maritime Gleichberechtigung ein-
geräumt hat. Nach der Fühlungnahme zwischen Mac-
Donald und Hoover wird die Londoner Flottenkonferenz
also von angelsächsischer Seite kaum in Frage gestellt
werden. Das große X bildet vielmehr der fran-
zösische Gegensatz im Mittelmeer. Italien
besteht nach wie vor auf einer, den Franzosen vollkom-
men ebenbürtigen Flotte; aber Frankreich ist keineswegs
geneigt, diesen Wünschen Italiens auch nur um Haars-
breite entgegenzukommen. Der französische Chauvinist
Tardieu hat es inzwischen meisterhaft verstanden,
in höchst eigener Person für den französischen Stand-
punkt einen gewaltigen Reklamefeldzug zu inszenieren.
Er hat nicht nur gleich in der ersten Vollziehung der Lon-
doner Konferenz mit den üblichen französischen Verdre-
hungskünsten den Standpunkt Frankreichs vertre-
ten, sondern er hat auch auf dem Festbankett im
Londoner Rathaus in schmeichelefter Weise
den Engländern die „friedfertigen Ziele Frank-
reichs schmuckhaft zu machen sich bemüht und er hat vor
allem in einer groß angelegten Rundfunkbot-
schaft an das amerikanische Volk auch die öf-
fentliche Meinung der Vereinigten Staaten von Nord-

Amerika für die französische These zu gewinnen versucht. Dabei muß man berücksichtigen, daß Tardieu schon in der Vorkriegszeit lange Jahre hindurch Dozent an der bekannten amerikanischen Harvard-Universität war und als erster französischer Propagandabotschafter drüben in Amerika in den kritischen Jahren 1917 bis 1919 die öffentliche Meinung mit dem besten Erfolg gegen Deutschland aufgebracht hat. Ob den propagandistischen Bemühungen Tardiens auch diesmal ein Erfolg beschieden sein wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Es gibt eine ganze Reihe englischer Zeitungen, die dem französischen Standpunkt durchaus ablehnend gegenüber stehen, ja, sogar — wie der „Daily Telegraph“ — schreiben, daß „Tardiens Vorbereitungen treffen, um die ganze Konferenz in Frage zu stellen“. Andererseits aber werden auch Befürchtungen laut, daß der, um einen positiven Erfolg der Konferenz übermäßig besorgte MacDonald vor dem entscheidenden Austritt Tardiens zurückzuweichen begäbe, um sich womöglich auf das französisch-englische Glottenkompromiß von 1928 zurückdrängen zu lassen, das Frankreichs übersteigerten Machtansprüchen derart entgegenkam, daß sich bekanntlich das verantwortliche Kabinett Baldwin-Chamberlain mit diesem Kompromiß vor der öffentlichen Meinung Englands unendlich machte. Wir stehen allerdings diesen letzten Stimmen vorerst sehr skeptisch gegenüber; denn wir können uns nicht denken, daß MacDonald nach Amerika gereist ist und mit Hoover das Zustandekommen der gegenwärtigen Londoner Konferenz mühselig vorbereitet hat, um schließlich auf ein Abkommen zurückzufallen, das gerade auch von den Amerikanern als eine unerträgliche Bedrohung der amerikanischen Interessen empfunden und in leidenschaftlichster Weise zurückgewiesen wurde. Der Gedanke liegt nahe, daß es sich bei diesen Verlautbarungen um reine Tendenzmeldungen handelt, die darauf abzielen, Italien zu zermürben und den Machtansprüchen Frankreichs gefügiger zu machen. Die Stellung Frankreichs erfährt allerdings dadurch eine nicht unwesentliche Stütze, daß es das reichste Land des europäischen Kontinents ist und infolge seiner günstigen finanzpolitischen Situation (Deutschland zählt ja!) eine etwaige Verschärfung des internationalen Wirtschaftens mit am ehesten vertragen könnte.

Jedenfalls handelt es sich auch in London wieder einmal um keine ehrliche Abklärung, sondern bestenfalls um eine Rüstungsbeschränkung, die — wie gesagt — von den internationalen Mächten nicht zuletzt aus finanzpolitischen Gründen erwogen wird. Aber man redet eben wieder einmal vom Frieden, meint aber „Sicherheit für alle eventuellen Fälle“. Man redet wieder einmal von Versöhnung und Verständigung und in Serajewo findet am kommenden Sonntag (den 2. Februar) die feierliche Enthüllung eines Denkmals für Gabriel Princip, den Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand, statt. Sämtliche „Kulturvereine“ Serajewos haben für diese Denkmalsenthüllung große Vorbereitungen getroffen. Und im Prager Abgeordnetenhaus rief am letzten Freitag der Berichterstatter des Budgetausschusses aus: „Wir werden gerne abzurufen, wenn wir sehen, daß man auch anderswo abzurufen beginnt. Solange aber nicht von Worten zu Taten geschritten wird, werden wir uns im Interesse der Erhaltung des Friedens um eine starke und moderne Armee bekümmern müssen!“ Ganz in diesem Sinne stehen ja denn auch die tschechoslowakischen Schodawerke dicht vor ihrem Zusammenschluß

mit der Brünnener Waffenfabrik und den Metallwerken Kolben in Prag. Ähnlich sucht man diese industrielle Konzentration mit harmlosen Fabrikationsabsichten in der Kraftwagenbranche zu begründen. Aber wer den überragenden Einfluß der französischen Schneider-Creusot-Werke bei den Skoda-Werken und die rüstungspolitischen Beziehungen der Skoda zu den polnischen und rumänischen Generalstäben kennt, der weiß, daß auch bei dieser Transaktion eine stärkere Macht die Hand im Spiel hat, als die harmlose tschechoslowakische Kraftwagenindustrie — und diese Macht heißt: Frankreich! Frankreich, das nicht nur in London mit beneidenswerter Geschicklichkeit und Ausdauer um die Beherrschung des Mittelmeerraumes kämpft, sondern das auch seine kontinentaleuropäische Herrschaft immer mehr auszubauen bestrebt ist, wie man auch wieder die Vorgänge in der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie und die wesentlich erhöhten polnischen Heeresausgaben mit aller Deutlichkeit beweisen.

Der „deutsche“ Pazifist Prof. Dr. W. Foerster aber schreibt in seinem Blatt: „Wir deutschen Friedensfreunde haben, solange die internationalen Bürgschaften gegen den Krieg nicht zuverlässiger ausgebaut sind, gar kein Interesse daran, daß die militärische Verteidigungskraft Frankreichs sich desorganisiert — im Gegenteil!“

Ein seltsamer „Friedensfreund! ...“

Und die Saar?

Von der Saar wird uns geschrieben:

Der Plan, nach dem die zukünftigen Reparationszahlungen zu leisten sind, scheint fertig zu sein. Auch und plausibel ist festgelegt, welche Summen Deutschland als Lösegeld im Laufe der Jahrzehnte zu zahlen hat. Wir haben dadurch auch den kommenden Generationen das Leben nicht leicht gemacht. Es ist anzunehmen, daß Reichsregierung und Parlament die von den Vertretern eingegangenen Verpflichtungen anerkennen. So werden Summen von dem deutschen Volke gefordert, von denen heute kaum ein Mensch noch weiß, wo dieselben herkommen werden sollen. Das Volk macht gewaltige Anstrengungen, um seine staatsbürgerliche und politische Freiheit wiederzuerhalten.

Nun sollte man annehmen, daß auch Frankreich mit dieser Lastenübernahme durch Deutschland sich zufrieden gibt. Die Saar müßte jetzt, ohne jede Gegenkonzeption, mit dem Rheinland die Freiheit erhalten. Dies wäre um so notwendiger, als die Lastenaufbringung in der Zukunft von der gemeinsamen Zusammenarbeit des gesamten Volkes abhängt. Seit Wochen sind Verhandlungen über die Rückgliederung der Saar eingeleitet. Aus den allgemeinen Erwägungen scheint man sich jetzt noch nicht herausgekommen zu sein. Liegt man jedoch in den letzten Wochen hier an der Saar die Proteste und angenommenen Entschlüsse, so scheinen neue Lastenaufbürdungen durchaus nicht ausgeschlossen. Man scheint auf jener Seite an eine restlose Rückgliederung des Gebietes mit all seinen wirtschaftlichen Betrieben und seinen Bodenschätzen nicht zu denken. Im Gebiet hat sich deshalb ein Gefühl der Unruhe bemerkbar gemacht.

Die gesamte Bevölkerung hat seit Jahren klar und deutlich zu erkennen gegeben, daß sie auch nach der Rück-

gliederung gewillt ist, Frankreich die notwendigen Rohlen zu liefern. Es erscheint dies in Anbetracht der gegenwärtigen Weltkohlenlage sogar wünschenswert. Die Produktion dieses Gebietes kann nicht in vollem Umfange in der deutschen Wirtschaft ohne Schädigung der anderen Kohlengebiete untergebracht werden. Eine Kohlenabnahme durch Frankreich ist daher notwendig. In absehbarer Zeit wird man sich auch dort von fremder Kohle unabhängig machen. Lothringen zieht neben einer gewaltigen Eisenindustrie auch eine starke Kohlenproduktion groß. Im Jahre 1913 wurden in den lothringischen Gruben nur 3,7 Millionen Tonnen gefördert. Diese Produktion wird wohl im Laufe des letzten Jahres annähernd 6 Millionen Tonnen erreichen. Ein großer Teil dieser Förderung wird wahrscheinlich schon jetzt auf deutschem Gebiet, von den Kohlenfeldern des Warndtgebietes, gewonnen. Bekanntlich hat Frankreich hart an der Grenze zwischen Saar und Lothringen Kohlenfelder abgeteilt, um von hier aus durch unterirdische Querschläge und Grundstrecken an diese reichen Kohlenlager des gesamten Gebietes heranzukommen. Gegen dieses Vorgehen wurde deutscherseits Protest erhoben. Ein Erfolg ist bis heute ausgeblieben. Schon jetzt beschäftigt der Bergbau in Lothringen über 23 000 Menschen. An der weiteren Entwicklung der Betriebe ist nicht zu zweifeln. Es ist deshalb schon jetzt die Zeit vorzusehen, in der die Kohlenförderung des Lothringers Gebietes an diejenige der Saar herankommt. Es entsteht der Saarkohle dadurch eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz. Im Interesse der heimischen Bevölkerung ist es unbedingt erforderlich, so zu handeln, wie dies in den Protesten und Entschlüssen zum Ausdruck gekommen. Eine andere Handlungsweise ist nicht geeignet, ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Völker zu gewährleisten.

Zollpolitisch gesehen können die Schwierigkeiten kaum so groß sein, daß dieselben eine frühzeitige Rückgliederung nicht ermöglichen. Man wird nach dieser Zeit nicht verhindern können, daß die Grenzgebiete ihre Waren austauschen. Die landwirtschaftliche Produktion des Lothringers Gebietes kommt seit Jahren auf die Märkte der Saar. In der Textilbranche sind die gleichen Erscheinungen. Was die Saarbevölkerung aber verlangt, ist, daß in Zukunft die Zufuhr von Waren sich in erträglichen Grenzen hält. Die Landwirtschaft des Gebietes befindet sich in der größten Notlage. An der Saarböcker Produktenbörse ist der Preis des Doppelzentners französischen Roggens von 135 Franken Mitte Januar 1929 auf 93 Franken zu Anfang dieses Jahres gesunken. Ernteverluste sind seit längerer Zeit die Zufuhr deutscher Waren in ständigem Steigen. Selbst wenn die Rückgliederung der Saar noch einige Jahre auf sich warten läßt, dürfte der Höhepunkt des Abfluges französischer Waren überschritten sein. Eine Verschleppung der Verhandlung kann auch hier nicht im Interesse Frankreichs liegen. Ob seine Geschäftsreisenden beim Abwarten der Vertragsdauer noch im Gebiet den Absatz finden, den sie heute haben und der auch in erträglichen Formen weiter garantiert werden soll, ist sehr fraglich.

Bei einer vernünftigen Abwägung der Verhältnisse kann eine baldige Rückgabe der Saar nur den Interessen Frankreichs dienen. Die Zeit arbeitet in diesem Falle für Deutschland. Je länger man die Angelegenheit hinauszögert, um so weniger wird Frankreich erhalten. Darüber ist sich der französische Außenminister längst klar geworden. Je höher die Forderungen gestellt werden, um so

Vier Tage durch den Nordwesten Usambaras.

1. Die Reise nach Mtai.

Lwandai, 18. 12. 20.

Die Freunde, welche meine Reise durch Afrika verfolgen, werden schon lange auf eine Darstellung meiner Eindrücke in Usambara gewartet haben. Es ist aber eine solche Fülle von Erlebnissen auf mich eingestürzt, daß es nicht leicht ist, etwas herauszugreifen. Wenn ich heute die Leser des „Aufwärts“ an einer Wiertage Reise teilnehmen lasse, so glaube ich, daß sie damit ein typisches Bild gewinnen können. Ich will versuchen, die Erlebnisse dieser Reise einfach zu schildern.

Am Morgen eines Freitages bestieg ich mit dem Präses der Usambaramission das Missionsauto. Auch Schwester Luise vom Hospital Bumbuli, die zur Zeit einige Erholungstage verläßt, begleitete uns, um einen neuen Teil des Landes kennenzulernen. Außer uns wurde auf dem Auto auch noch unser Gepäck untergebracht. Man muß, um in einem sonst leerstehenden Hause wohnen zu können, Matrasen, Decken usw. mitnehmen. Auch mit Kleidung muß man sich gut versorgen, denn leicht kann man hier bei einer Wanderung bis auf die Haut durchnäßt werden. Weiter muß die Verpflegung für die Tage der Reise vorher wohl bedacht sein.

Es war eine köstliche Fahrt im hellen afrikanischen Morgensonnenschein. Die „Autofahrt“, daheim würde man sagen „der Feldweg“, führt von Lwandai aus zunächst in mächtigen Windungen immer langsam bergauf. Man braucht etwa 1½ Stunden bis man die Paghöhe von Malindi erreicht hat. Wir konnten es allerdings in dieser Zeit nicht schaffen. Denn als wir etwa ¾ Stunden Fahrt hinter uns hatten, gab es einen Knall. Der Reifen eines Vorderrades war geplatzt. So mußten denn unser schwarzer „Treiber“ (Chauffeur) und sein Gehilfe sich daran machen, einen neuen Reifen aufzuziehen. Wir gingen unterdessen zu Fuß voraus.

Die Straße ist durch ihre langsame Steigung sehr bequem zu geben. Wir freuten uns an dem prächtigen Ausblick, den man von ihr aus hat. Zu unserer Rechten breitete sich die breite, reiche Schalenmulde. Wie ein Garten Gottes lag sie vor uns. Wohin wir auch schauten, überall sahen wir die Felder der Eingeborenen, die jetzt in

der Regenzeit alle grün sind. Dazwischen leuchtete das dunkle Rot der Wege. Usambara ist wirklich „das Land der roten Erde“. Hin und her zwischen den Feldern liegen kleine Dörfer oder einzelne Hütten. Der Schambala wohnt gern für sich allein oder wenigstens nur mit wenig anderen zusammen.

Schon beim Aufsteigen sahen wir viele Menschen der Höhe zustreben. Auf den schmalen und steilen Pfaden zogen ganze Scharen bunt gekleideter Menschen den Berg hinauf. Sie gingen, wie hier überall, alle hintereinander. Jeder von ihnen trug eine Last auf dem Kopfe. Oben auf der Höhe fanden wir sie schließlich alle versammelt, denn dort wurde großer Markt gehalten. Dorthin kommen die Schambala und bringen ihre Feldfrüchte zum Verkauf. Dorthin kommen auch die Leute vom Bugu-Stamm, die Säute und Fett, die Erzeugnisse ihrer Viehzucht, zum Verkauf anbieten. Dazu waren dann noch Händler da mit Stoffen, Perlen, Arm- und Fußringen, Körben, Köffeln usw. Es war ein buntes, malerisches Bild. Die Männer tragen hierzulande entweder den langen Kausi, ein hemdartiges Gewand, oder sie kleiden sich halb europäisch. Es ist nicht gerade ein schönes Bild, wenn der Mann eine Hose trägt und darüber ein Hemd gezogen hat. Die Frauen sind in bunte Tücher gehüllt. Eins haben sie um den Leib geschlungen und über der Brust zusammengeknötet; eins haben sie über die Schulter gezogen. Uns fielen vor allem die Bugufrauen auf. Sie tragen zu beiden Seiten des Kopfes etwa 10 bis 12 große Ringe aus Glasperlen, die an einem Riemen über dem Scheitel hängen. Eine Weile hielten wir uns dort auf, um die Leute zu beobachten, mit ihnen zu reden oder auch das eine oder andere zu kaufen.

Jetzt endlich — es mochten 1½ Stunden vergangen sein — holte uns unser Auto wieder ein. Von Malindi aus, so heißt die Paghöhe, die 1800 Meter hoch liegt, bogen wir nun von der großen Straße ab und nahmen unsere Richtung nach Nordwesten. Nachdem wir einen dichten Wald von Gebrackzeln auf schmalen Wegen durchkreuzt hatten, kamen wir ins Buguland. Hier wohnten zum Teil Leute, die Bugu oder Pare sprechen. Aber auch einzelne Schambala sind unter ihnen. Besonders die Bugu mit ihren hohen Gestalten und schmalen Gesichtern kann man gar leicht von den kleineren und gierlicheren Schambala unterscheiden.

Unterwegs wurde 2 mal gehalten. Zuerst geschah das bei dem Dorflein Mtindili. Dort befindet sich eine kleine

Christengemeinde. Als wir auf dem Wege, den sie für uns frisch gesäubert hatten, hinuntersiegen, sahen wir die Glieder dieses Gemeinleins schon vor ihrer Schule, die zugleich als Kapelle dient, stehen. Mit Gesang begrüßten sie uns. Ihre Augen leuchteten. Nur selten können sie ja in ihrer Abgeschiedenheit besucht werden. Zutraulich streckten Männer und Frauen und selbst die große Schär der niedlichen schwarzen Kinder ihre Hände zum Gruß uns entgegen. Wir gingen mit ihnen allen in das kleine Kapellengebäude. Es ist ein vieredriges Bauwerk. Die Wände sind aus Stangen gerüstet und mit Lehm verklebt. Das Dach ist mit den Blattscheiden der Bananen, mit sogenannten Iamba, gedeckt. Dort drinnen konnten ich ihnen die Grüße der Christen in Deutschland überbringen und ihnen ein kurzes Wort der Ermutigung sagen. Es wurde mit großer Aufmerksamkeit und viel Dank entgegengenommen. Zum Schluß mußte man kleine Kreise an die Wandtafel geschrieben werden, damit jeder ihn behalten könne. Es ist ja für die schwarzen Leute nicht leicht, ihn auszusprechen. Wir konnten nur kurz verweilen, wenn wir unser Ziel erreichen wollten. Die ganze Gemeinde begleitete uns den Berg hinauf bis an den Platz, wo unser Auto stand. Nach alter Schambalafitte wurde uns als Gastgeschenk ein Huhn und ein paar Eier mitgegeben.

Noch eine zweite Gemeinde besuchten wir unterwegs. Auch hier galt es erst in ein Tal hinabzusteigen und dann auf der anderen Seite wieder in die Höhe zu klettern, bis wir in Langwi waren. Hier waren die Schulkinder in der Schule versammelt. Das war eine gute Gelegenheit, um ihre Kenntnisse und die Fähigkeit des Lehrers und Gemeindeführers im Unterricht zu prüfen. In diesen kleinen „Büchereien“ werden die elementaren Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen gelernt. Hier werden die biblischen Geschichten in die Kinderherzen und auf diese Weise unter das Volk gebracht. Wir freuten uns an dem frischen Eifer, mit dem sie alle bei der Sache waren. Als ich ihnen von den weißen Kindern Europas erzählte, hörten sie gespannt zu. Daß solche Kinder 8 und mehr Jahre in die Schule gehen müssen, erregte großes Erstaunen. Nach dieser Schulprüfung sammelten wir die wenigen anwesenden Männer und Frauen, um kurz mit ihnen zu singen und zu beten. Solch ein Besuch ist ja immer eine besondere Stärkung dieser zerstreuten Häuflein in ihrem Kampfe.

(Fortsetzung folgt.)

mehr Widerstand finden. Die Frage der Abklärung unmöglich. Das Gebiet ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

In den kommenden Wochen wird die Rückgliederung der Saar ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Die 3

In den letzten Tagen der Woche wird die Rückgliederung der Saar ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Der Reichstag wird am 2. Februar die Rückgliederung der Saar ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Die Rückgliederung der Saar wird ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Die Rückgliederung der Saar wird ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Die Rückgliederung der Saar wird ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Die Rückgliederung der Saar wird ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

Die Rückgliederung der Saar wird ein wichtiges Thema sein. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig. Die Bevölkerung ist noch nicht fertig.

indigen Roh-
st der gegen-
kt. Die Pro-
Umsätze in
der anderen
Rohlenab-
In abseht-
nder Kohle
n einer ge-
hlenprodukt-
lothringer
Diese Pro-
Jahres an-
großer Teil
ht auf deut-
ndgebiete,
art an der
nschäfte ab-
Querschläge
ger des ge-
ieses Vor-
in Erfolg ist
gt der Berge-
n der weite-
zweifeln. Es
n, in der die
an diejenige
hle dadurch
m Interesse
erforderlich,
nd Entschlie-
ndere Handels
s Nebenein-
ten.
widerigkeiten
zeitige Misch-
ch dieser Zeit
de ihre Wa-
duktion des
die Märkte
gleichen Er-
er verlangt,
ch in ertrags-
Gebietes be-
Saarbrücker
tiner franzö-
uar 1929 auf-
ken. Erfreue-
weiliger Wa-
Mitglieder-
warten läßt,
sicher Waren
Verhandlung
s liegen. Ob
er Vertrags-
en sie heute
t weiter ge-
Verhältnisse
den Inter-
diesem Falle
heit hinaus-
en. Darüber
klar gewor-
den, um so
den sie er-
ehen wir die
r Schule, die
ng begünstigt
n können sie
Zutraulich
große Schär-
e zum Größ-
n das kleine
tauerwerk. Die
nd mit dem
n der Ban-
nnen konnte
chland über-
Ermutigung
heit und viel
mühte man
werden, weil
r die schwer-
Wir konnten
reichen wöl-
den Berg hin-
d. Nach alter
k ein Subst-
r unterwegs
zu und dann
zu klümmen,
Schulkinde-
ute Gelegen-
des Zehners
en. In die-
elementaren
gelernt. Hier
verhergen und
Wir freuten
bei der Sache
dern Europas
Kinder 8 und
regte großes
elten wir die
um kurz mit
Besuch ist ja
treuten Häu-
ung folgt.)

mehr Widerstand wird man bei der Saarbevölkerung finden. Die Fragen, in denen ein Nachgeben der Saarbevölkerung unmöglich, sind den Verhandlungsleitern auf beiden Seiten bekannt.
In den kommenden Wochen wird nicht allein über die Rückgliederung der Saar, sondern um die politische und wirtschaftliche Zukunft der südwestlichen Ecke entschieden. Das Gebiet ist nach dem Kriege Grenzland geworden. Es ist jetzt noch nicht besiedelt. Ein Ort reißt sich an den anderen. Die Bevölkerung hat durch Krieg und Sparmaßnahmen im Laufe der Jahrzehnte eine Heimat geschaffen, an der sie hängt. Deutsche Kultur hat sich trotz aller Vernichtungsversuche gehalten. Der nationale Gedanke feierte seine Siege. So bildeten die Menschen der Saar einen unerschütterlichen Wall gegen alles Fremde. Die Menschen in diesen Gebieten zu halten, ihnen einen wirtschaftlichen Boden zu bereiten, auf dem eine weitere Vermehrung der Volksglieder möglich ist, Grenzlandpolitik. Die Saarbevölkerung hofft, daß die Reichsregierung den Ernst dieser Situation erkennt und die Handlungsweise entsprechend einrichtet.

Die Youngplan-Gesetze.

Schacht bleibt Reichsbankpräsident.

Berlin, 29. Januar.

In den letzten Besprechungen der Reichsregierung mit den Führern der Fraktionen ist es zu einer Verständigung über die Verabschiedung der Gesetze zur Ausführung des „Neuen Planes“ gekommen. Danach werden die Ausschüsse des Reichsrats, der Vertreterversammlung der deutschen Länder, unter Verfürzung der Fristen die Beratung des Young-Gesetzes noch in dieser Woche beenden, so daß die Verabschiedung der Vorlage bereits am Sonnabend in einer Plenarsitzung des Reichsrats erfolgen kann.

Der Reichstag soll sich, vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsrats, am 5. und 6. Februar in erster Lesung mit dem Gesetzen befassen, nachdem am Tage zuvor die Fraktionen sich über ihre Haltung schlüssig geworden sind. Nach der ersten Lesung wird sich der Reichstag auf einige Tage verlagern, um zunächst dem Haushaltsausschuß und dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten Gelegenheit zur Prüfung der Einzelheiten der Young-Gesetze zu geben. Für die zweite und dritte Lesung des Haager Vertragswerkes ist vorläufig der 14. und 15. Februar in Aussicht genommen.

Möglich ist die Ausführung dieses Eilprogramms natürlich nur dann, wenn die Fraktionen der Regierungsparteien sich ohne größere Schwierigkeiten über den Inhalt der Young-Gesetze verständigen. Meinungsverschiedenheiten und Kräfte würden natürlich alles über den Haufen rennen.

Offen ist augenblicklich auch noch die sogenannte Reichsbankfrage, doch hat es den Anschein, als wenn hier Uebereinkünfte nicht mehr zu befürchten sind. Die Wünsche der Sozialdemokraten, über die durch die Haager Vereinbarungen bedingten Abänderungen des Reichsbankgesetzes hinausgehende Maßnahmen zur Verstärkung des Reichseinflusses auf die Reichsbank zu treffen, haben im Kabinett und bei den übrigen Fraktionen keinen Anklang gefunden. Zwar ist auch in den auf dem linken Flügel stehenden bürgerlichen Fraktionen Kritik an dem Vorgehen des Reichsbankpräsidenten geübt worden, doch lag diesen Parteien mehr daran, Wiederholung zu auszusprechen, als Schacht zum Rücktritt zu zwingen. Bestimmend dafür war die Überzeugung, jede Beunruhigung zu vermeiden.

Praktisch liegen die Dinge jetzt so, daß jede Fraktion grundsätzlich auf ihrem Standpunkt verharrt, wobei es den Sozialdemokraten freisteht, im Reichstag einen Antrag auf weitere Abänderungen des Reichsbankgesetzes einzubringen. Ueber die Formulierung eines solchen Gesetzesentwurfes, dessen materieller Inhalt der ist, daß mit der Verpfändung der Reichsbank auf den „Neuen Plan“ eine neue Amtsperiode des Reichsbankpräsidenten beginnt, wurde am Dienstag in der sozialdemokratischen Fraktion verhandelt. Erfolg wird einem solchen Antrag aber angesichts der Parteikonstellation im Reichstag nicht beschieden sein. Beznägen sich die Sozialdemokraten nach der Ablehnung ihres Antrags damit, „rechtzeitig gewarnt“ zu haben, dann ist die Reichsbankfrage damit erledigt. Im Reichstag sieht man unter diesen Umständen das weitere Verbleiben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht als gesichert an.

Die Abänderungen des Reichsbankgesetzes, die durch das Haager Abkommen bedingt sind, berühren die Unabhängigkeit der Währungs-, Diskont- und Kreditpolitik der Reichsbank nicht. Sie befechtigen vielmehr den einer großen Nation unwürdigen Zustand, daß in den maßgebenden Instanzen ihrer Zentralbank Ausländer Sitz und Stimme haben und gewähren darüber hinaus dem Reich für die Zukunft bedeutsame Rechte bei der Wahl eines neuen Reichsbankpräsidenten.

Wer gehofft hat, im Zusammenhang mit der Regelung des Dawes durch den Youngplan großer Steuererleichterungen teilhaftig zu werden, sieht sich jetzt darin enttäuscht. Reichsfinanzminister Dr. Molkenbauer hat in seiner letzten Rede vor dem Reichstag zwar noch betont, daß die Reichsregierung nach wie vor für die Tilgung der Schulden und für die Senkung der Steuern Sorge tragen will, aber er erklärte auch, daß die Schuldentilgung, soweit sie für die Vereinigung der Kassenlage erforderlich ist, das Primat hat. Das bedeutet, daß für das laufende Jahr mit den von der Wirtschaft so dringlich geforderten und ganz gewiß dringend notwendigen Steuererleichterungen kaum noch zu rechnen ist.

Das ist gewiß eine betrübliche Feststellung. Einen Trost mag man darin erblicken, daß dieser Verzicht auf Steuererleichterungen nur ein vorübergehender sein kann. Für die Zukunft müssen gerade die Momente der Steuerentlastung erleichtert, die sie jetzt erschweren: die Ordnung der Kassenverhältnisse.

Das Plenum des Reichstags hat sich am Dienstag nach Verabschiedung des Jünderholzes bis zum 5. Februar vertagt. Es verbleibt damit bei den getroffenen Dispositionen, nach denen vor der Verabschiedung der Young-Gesetze andere Vorlagen nicht in Bearbeitung angenommen werden sollen. Seine Be-

gründung findet dieser Entschluß darin, daß angesichts der Wichtigkeit der Young-Gesetze eine Ueberlastung des Parlaments durch die gleichzeitige Behandlung anderer Vorlagen unzulässig ist.

Jünderholzes verabschiedet.

Mit 240 gegen 145 Stimmen, bei sieben Enthaltungen. Vertagung des Plenums bis 5. Februar.

Berlin, den 28. Januar 1930.

Der Reichstag beschloß heute in dritter Lesung mit dem Gesetzesentwurf über die Einführung eines Jünderholzesmonopols. Die Aufmerksamkeit des Parlaments war während der letzten Debatten nur noch gering, weil an der Annahme des Gesetzes nicht mehr zu zweifeln war. In der Schlussabstimmung wurde das Jünderholzesmonopoles mit 240 gegen 145 Stimmen, bei 7 Enthaltungen der Demokraten, angenommen. Der Reichstag überließ dann noch einige kleinere Vorlagen an die Ausschüsse und vertagte sich dann auf Mittwoch, den 5. Februar.

In der allgemeinen Aussprache beschäftigte sich Abg. Bergl (Dnt.) mit der Kassenlage und erklärte, die Wirtschaft sehe mit großer Sorge in die Zukunft. Zu begreifen sei die Erklärung des Ministers, daß in den Reichsfinanzen nun endlich Ordnung geschaffen werden müsse. Bei den Verhandlungen über den Youngplan habe man die Lage der deutschen Finanzen nicht genügend betont.

Abg. Schlad (Ztr.) verteidigte die in der Vorlage enthaltenen Sonderbestimmungen zu Gunsten der Konsumgenossenschaften.

Abg. Schröder-Merfeld (Komm.) bekämpfte das Gesetz. Damit war die Aussprache beendet. Es folgte die oben bereits wiedergegebene Abstimmung.

An die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurden das Beamtenvertretungsgesetz, Anträge gegen Erhöhung der Berliner Stadthausmiete und der volksparteiliche Antrag, der um Maßnahmen zur Senkung der Roggenpreise ersucht.

Vor der Vertagung des Reichstags versammelten sich noch einmal die Fraktionen. Die Erörterungen erstreckten sich in der Hauptsache auf die politische Lage und die interfraktionellen Besprechungen über die Reichsbankfrage. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei erstattete Reichsaussenminister Dr. Curtius einen Bericht über die im Haag getroffenen Vereinbarungen in der Sanctionsfrage.

Das Arbeitsprogramm der Ausschüsse.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschloß auf Antrag seines Vorsitzenden, Dr. Kahl, die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik und zur Verleumdung des politischen Lebens am 4. Februar vorzunehmen.

Der Sozialpolitische Ausschuss, der sich gleichfalls mit der Beratung seines Arbeitsprogramms befaßte, wurde sich dahin schlüssig, zunächst über das Berufsausbildungsgesetz zu verhandeln. Weiter wurde der Wunsch geäußert, daß das Rentnergesetz beschleunigt dem Reichstag vorgelegt werden möge.

Das Jünderholzesmonopol vom Reichsrat angenommen.

Berlin, 29. Januar. Der Reichsrat genehmigte in seiner letzten Sitzung endgültig den Gesetzesentwurf über das Jünderholzesmonopol. Am Freitag wird sich der Reichsratsausschuß mit dem Youngplan befassen. Am Sonnabend wird dann der Reichsrat in seiner Sitzung darüber beschließen.

Denkschrift der Gewerkschaften.

Zur Lohn- und Steuerpolitik. — Für Kapitalneubildung von unten.

Berlin, 29. Januar.

Der Reichsausschuß des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände genehmigte eine ihm vorgelegte Denkschrift zur Lohn- und Steuerpolitik.

Darin heißt es, die notwendige Umstellung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere die endgültige Verteilung der Reparationslasten, müsse unter Berücksichtigung der Interessen aller Volksschichten erfolgen. Die Notwendigkeit verstärkter Förderung der Kapitalneubildung erkenne der Gewerkschaftsring an, Kapitalmangel ziele Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten nach sich. Zu fördern sei insbesondere aber auch die Kapitalneubildung von unten. Zwischen dem notwendigen Kapitalbedarf zum Ausbau der Produktion und dem Verbrauchseinkommen zur Aufnahme der sich ständig ausdehnenden Gütererzeugung sei ein gerechter Ausgleich notwendig.

Für die Formulierung eines neuen Finanzprogramms werden folgende Forderungen aufgestellt:

Beseitigung der Benachteiligung der Arbeitnehmers bei den direkten Steuern; Differenzierung der Höhe des Einkommensteuerfreibetrags nach den örtlichen Verhältnissen; Senkung der Umsatzsteuer auf einhalb Prozent; Erhöhung der Erbschaftsteuer; Hinausschiebung der Ermäßigung der Einkommensteuer der Industrie um ein Jahr; Einführung einer Verbrauchs-einkommensteuer.

Im übrigen spricht sich die Denkschrift noch für den Ausbau eines beweglichen Faktors in das Gemeindesteuersystem aus. Die in letzter Zeit eingetretene Verteuerung der Lebenshaltungskosten müsse durch Gehalts- und Lohnverbesserungen ausgeglichen werden. Trotz aller konjunkturellen Lähmungen, unter deren Druck sich die deutsche Wirtschaft heute, im Gegensatz zur Hochkonjunktur von 1927, befinde, dürfe die Tatsache festgehalten werden, daß die deutsche Wirtschaft im ganzen sich weiter aufwärts entwickelt habe.

Noch keine Klärung in Preußen.

Vor der Entscheidung der Volkspartei. — Erweiterung der Regierung ohne Verzögerung der Fraktionen?

Berlin, 29. Januar.

Die Verhandlungen über die Erweiterung der preussischen Regierung wurden weitergeführt, ohne daß die Beratungen zum Abschluß gebracht werden konnten. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die der Ministerpräsident Braun aufgefodert hatte, ihm bis Dienstagabend ihre Entscheidung bekanntzugeben, bekräftigte sich darauf, dem Ministerpräsidenten mitau-

teilen, daß sie erst spätestens am heutigen Mittwoch abschließend Stellung nehmen könne.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen war ihres vertraulichen Charakters wegen nichts in Erfahrung zu bringen. Sie verlautet, besteht jedoch in der volksparteilichen Fraktion starke Abneigung gegen die Stellung lediglich eines Ressortministers und eines Ministers „ohne Portefeuille und Portemonnaie“.

In der sozialdemokratischen Fraktionsitzung soll eine starke Zustimmung über die Haltung der demokratischen Fraktion zum Ausdruck gekommen sein. Aber auch hier sprach man sich für die Fortführung der Verhandlungen aus.

In parlamentarischen Kreisen umlaufende Gerüchte schreiben dem Ministerpräsidenten die Absicht zu, eine rasche Entscheidung herbeiführen zu wollen und zwar derart, daß er die Erweiterung des Kabinetts von sich aus vornimmt und es dann den Fraktionen überläßt, die Ernennungen zu billigen oder ihre Zustimmung zu weigern.

Der Handel mit Rußland.

Presseempfang in der russischen Handelsvertretung.

Berlin, 29. Januar.

Der neue Leiter der russischen Handelsvertretung in Berlin, N. G. Gubimow, der zugleich stellvertretender Volkskommissar für den russischen Außen- und Innenhandel ist, stellte sich in Berlin der deutschen Presse vor. Gubimow gab zunächst einen Überblick über die Aufgaben der Handelsvertretung und die Wirtschaftspläne Rußlands.

Der neue russische Fünfjahresplan, so erklärte er, sei zugleich mit einer umfassenden Industrialisierung eine Erweiterung der Einfuhr aus dem Ausland vor. Dabei stehe Deutschland an erster Stelle; der Handelsvertrag und die bisherigen Wirtschaftsbeziehungen hätten sich als erfolgreiche Grundlage weiteren Warenaustausches herausgestellt, deutsche Technik fände ein Arbeitsfeld in Rußland und werde trotz des anderen ausländischen Wettbewerbs und mancher noch bestehenden Schwierigkeiten ihren Wert erweisen.

Rußland braucht deutsche Sachverständige

Moskau, 29. Januar.

Die russische Gesellschaft für „Kultur und Technik“ eröffnete in Moskau besondere wirtschaftspolitische Kurse für die in der Sowjetunion beschäftigten deutschen Spezialisten. Die Vorlesungen werden von russischen Fachleuten in deutscher Sprache über das sowjetische Zivil-, Kriminal- und Industrierecht, ferner über die Wirtschaftspolitik und über den fünfjährigen Ausbauplan gehalten. Zur Eröffnung der Kurse war auch der deutsche Vorkurs von Drafen erschienen. Die auf diesen Kursen gehaltenen Vorlesungen werden stenographisch aufgenommen und nach Beendigung allen deutschen Spezialisten in der Sowjetunion zugestellt werden.

In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Vorsitzende der Gesellschaft, Stomonjakow, die Sowjetunion werde im Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung immer mehr ausländische Spezialisten, insbesondere deutsche, benötigen, da der Nachwuchs russischer Spezialisten den Bedarf nicht decken könne.

Abstimmungen im Landtag.

Zum Forsthaushalt und zum Etat der Bergverwaltung. — Das Ministerium soll bäuerliche Domänen schaffen.

Berlin, den 28. Januar 1930.

Der Preussische Landtag beendete heute die zweite Lesung des Haushalts der Domänenverwaltung und nahm die Abstimmungen zum Etat der Forst- und der Bergverwaltung vor. Erledigt wurde ferner die Beratung des Haushalts der Oberrechnungskammer, der Haushalt der Staatsgüter, der Etat der Münzverwaltung und der Haushalt des Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers. Die Abstimmungen wurden zurüdgefellt.

Abg. Bachorik de Wente (Dem.) wünschte weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Domänenpächtern. Bei Liquidationsverhandlungen müsse darauf gesehen werden, daß Polen sich seiner Verpflichtung zur Entschädigung des enteigneten Eigentums nicht entziehe. Das Staatsministerium solle endlich wieder mehr Bauerndomänen schaffen.

Abg. Blicher (D. Frakt.) setzte sich insbesondere für die kleinen Domänenpächter ein. Es sei bedauerlich, daß notwendige Arbeiten auf den Domänen wie Meliorationen usw. aus Mangel an Mitteln nicht ausgeführt werden könnten.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

wies die in der Aussprache ausgesprochene Auffassung, daß Preußen sich beim Reich nicht so stark für seine besetzten Gebiete einsetzen habe wie Bayern und Hessen, als unzutreffend zurück. An Hand umfangreichen Zahlenmaterials wies er im einzelnen nach, welche Beträge den preussischen Wäldern im besetzten Gebiet zugeflossen seien. Im Landwirtschaftsministerium habe er schon im letzten Art Verwaltungsreform durchgeführt. Dahin gehöre z. B., daß den nachgeordneten Stellen erlaubt sei, Tausch- oder Kaufgeschäfte bis 5000 Mark selbständig zu führen. Augenblicklich schwebten Verhandlungen über die Einrichtung weiterer Volkswirtschaften im Osten.

Abg. Dr. Mohde (Wirtsch.) forderte Hilfe für die mittelhändlerische Industrie der Krugbäder und für das Bad Homburg v. d. G.

Minister Dr. Steiger äußerte sich über die Arbeiten für den Ausbau der Kuranlagen in Bad Homburg.

Abg. Backer (Dnt.) wandte sich gegen die Bestimmung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens, nach dem die Entschädigungspflicht für das abgetretene Staatsgebiet erlassen werde. Es handele sich dabei um Werte von 2 1/2 Milliarden.

Hierauf wurde die Weiterberatung zwecks Vornahme der Abstimmung zu den Haushalten der Forst- und Bergverwaltung

unterbrochen.

Beim Forstetat wurden zahlreiche Anträge angenommen, die u. a. Mittel für die Wiederaufforstung der Gultenragsgebiete verlangen, sowie eine stärkere Handhabung der Forst- und Feldpolizeigesetze und einen verstärkten Schutz für Schmittholz und Erzeugnisse der Holzverarbeitenden Industrie.

Die bei den dann vorgenommenen Abstimmungen zum Bergbaugesetz angenommenen Anträge verlangen u. a.: Beschränkung des polnischen Einfuhrkontingents für Kohlen auf ein Maß, das den schwer leidenden schlesischen Kohlenrevieren die Lebensmöglichkeiten sichert. Bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes soll mit allem Nachdruck dahin gewirkt werden, daß die Saargruben und die dortigen Kohlenfelder ausschließlich in den alleinigen Besitz Preussens und Bayerns zurückgelangen. Zahlreiche andere angenommene Ausführanträge fordern Maßnahmen zur erhöhten Sicherheit der Bergarbeiter. Im niederschlesischen Steinkohlenbezirk soll eine stärkere Überwachung der Weiterführung vorgenommen werden. Weiter sollen die dem Erzbergbau im Sieb-, Müll- und Lahngebiet gewährten Subventionen für längere Zeit erhalten bleiben.

Der völksparteiliche Antrag, die für Schleswig-Holstein vorgesehene Akademie statt in Altona in Flensburg zu errichten, wurde mit 169 Stimmen gegen 140 Stimmen abgelehnt.

In der fortgesetzten Aussprache zum Domänenhaushalt trat Abg. Bonifid (Christl.-Nat. Bauernp.) für die Errichtung von Bauerndomänen ein.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte, die Förderung nach Errichtung weiterer bäuerlicher Domänen sei berechtigt. Den aus Rußland abgewanderten Deutschen solle größtes Entgegenkommen gezeigt werden, allerdings nicht ohne Gegenleistung; notfalls müßten sie als Pächter angesehen werden.

Der Landtag erledigte dann noch die zweite Lesung der oben wiedergegebenen Haushaltsgesetze und verlegte sich danach auf Mittwoch. Auf der Tagesordnung stehen Abstimmungen und die zweite Lesung des Wohlfahrts-Haushalts.

Politische Rundschau.

• Allgemeines Kirchengesetz für die russischen Christen. Der Präsident des deutschen evangelischen Kirchenausschusses, D. Kapler, hat den Landeskirchen zur Erörterung anheingegen, ihre Gemeinden zur Fürbitte für die Glaubensgenossen und für die anderen Kirchen in Rußland aufzurufen und insbesondere die Einstellung einer entsprechenden Fürbitte in das sonntägliche Kirchengesetz zu veranlassen.

• Aufruf Mahrauns für die „Völkernationale Reichsvereinigung.“ Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, wendet sich in einem Aufruf an die „deutschen Volksgenossen aller Stände“ und fordert auf zum Beitritt zur „Völkernationalen Reichsvereinigung“. Als deren Ziele werden angegeben: Bildung einer großen Partei der nationalen Erneuerung, Forderung des Fraktionszwanges, so daß ehrlich und offen im Parlament zu der jeweiligen Vorlage Stellung genommen werden kann; Kampf gegen Marxismus, Plutokratie und antisoziale Gesinnung; durchgreifende Reichs- und Wahlrechtsreform. Der Aufruf enthält eine große Anzahl von Namensunterschriften, deren Träger jedoch bisher in der Öffentlichkeit nicht hervorgetreten sind.

• Landrat Gottheimer-Johannsburg zur Disposition gestellt. Das preussische Staatsministerium hat den Landrat des Kreises Johannsburg, Gottheimer, in den einseitigen Ruhestand versetzt. Der Grund für diese Maßnahme soll darin zu erblicken sein, daß Landrat Gottheimer, obwohl er als politischer Beamter die Politik der Regierung zu vertreten hat, sich führend für das Volksbegehren eingesetzt habe.

• Die Veröffentlichung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens durch die Presse betraf, wie amtlich festgestellt wird, nur den Teil des Vertragswerks, der im Haag niedergelegt wurde. Die Veröffentlichung des Gesamtwerks erfolgt erst nach Abschluß der gegenwärtig noch schwebenden Verhandlungen.

Die Berliner Finanzkatastrophe.

— Berlin, 29. Januar. Der Haushaltsausschuß des Berliner Stadtparlaments hat sämtliche Steuervorlagen des Magistrats abgelehnt, also die Erhöhungen der Gewerbesteuer, der Lohnsummensteuer und der Grundvermögenssteuer. Aber auch die Vorlagen auf Erhöhungen und Bordatierungen auf den kommenden Haushaltsplan wurden abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Vorschlag, eine Wohnungsluxussteuer einzuführen. Hierüber soll der Magistrat Vorschläge ausarbeiten. Der Vorschlag einer Hausangestelltensteuer wurde dagegen abgelehnt. — Der Magistrat muß nun versuchen, wenn er ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde vermeiden will, neue Vorschläge zu machen, um die städtische Finanzkatastrophe nicht noch weiter zu führen.

Aufwärtsleier in Mecklenburg,

die Interesse für die Arbeit des Christlich-sozialen Volksdienstes haben, werden gebeten, ihre Anschrift an Vic. Dr. M. Jepsen, Rostock, Patriotischer Weg 101, mitzuteilen.

Die Lage bei der Reichsbahn.

— Berlin, 29. Januar. In der laufenden Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde mitgeteilt, daß nur ein kleiner Teil des ungedeckten Bedarfs der Betriebsrechnung, jährlich etwa 17 Millionen Reichsmark, durch die am 1. Februar eintretende Erhöhung der Berliner Stadt- und Vororttarife voraussichtlich gedeckt werden. Die Vereinbarungen im Haag gaben aber Aussicht auf eine Erleichterung der Lage.

Die obereschlesische Montanindustrie gegen die Völkernationale Reichsbahn.

— Gleiwitz, 29. Januar. Die obereschlesische Kohlen- und Eisenindustrie fordert in einer Eingabe an den Reichskanzler die Einstellung der — von den westlichen Gebieten begründeten — Bauarbeiten am Mittellandkanal. Durch die Fertigstellung des Mittellandkanals, so heißt es in der Eingabe, würden die Wettbewerbsverhältnisse der Industrie des Ostens beeinträchtigt. Der obereschlesische Bergbau würde die wichtigsten Teile seines Absatzgebietes verlieren und damit in seiner Existenzgrundlage ernstlich bedroht werden. Eine Beschäftigung von etwa 84 000 Arbeitnehmern stehe auf dem Spiel.

Völkonservative Vereinigung.

Gründungsversammlung im ehemaligen Herrenhaus. — Das Programm der neuen Vereinigung.

Im ehemaligen Herrenhaus in Berlin fand die Gründungsversammlung einer Völkonservativen Vereinigung statt. Die Vereinigung wird gebildet aus den aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedenen Abgeordneten, aus den Mitgliedern des Christlich-sozialen Volksdienstes und aus Angehörigen der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei. Gleichzeitig tritt die neue Vereinigung mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der die christlich-konservativen Gesichtspunkte und den Wehrgedanken, sowie die Arbeit „auf der Grundlage der geltenden Verfassung“ betont und den Satz enthält: „Wir werden die Notwendigkeit sichtbar machen, daß Parteien einander nicht nur zu bekämpfen, sondern mit dem Blick auf das Ganze auch zu ergänzen haben.“

Zum Vorsitzenden der Völkonservativen Vereinigung ist der Reichstagsabgeordnete Trebrunn, zum Vorsitzenden des mit ihr eng verbundenen Christlich-sozialen Volksdienstes der Reichstagsabgeordnete von Kneißel bestimmt.

Die Weizenvermahlungsquote.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss stimmt dem erhöhten Vermahlungsatz zu.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags äußerte sich zum Antrag der ihm zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegten dritten Verordnung über die Erhöhung der Sätze für die Vermahlung von inländischem Weizen, wonach jede im deutschen Zollgebiet liegende Mühle, die ausländischen Weizen vermahlt, im Februar 1930 von der Weizenmenge, die sie in diesem Monat vermahlt, mindestens 50 Prozent Inlandsweizen zu vermahlen hat. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten und Kommunisten.

Rundschau im Auslande.

Verurteilung deutscher Kolonisten in der Ukraine.

• Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion in der Ukraine hat die deutschen Kolonisten Volker und Wert wegen „hohewirtschaftlicher Propaganda“ zu vierjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Ein führendes Mitglied der russischen Emigranten in Paris verschwunden.

• Unter den russischen Emigranten in Paris herrscht große Aufregung. Ein führendes Mitglied der russischen Kolonisten, General Kutipow, ist unter geheimnisvollen Umständen plötzlich verschwunden. Am Sonntag wollte er sich von seiner Wohnung aus in das Bureau der Kriess-

vereinigung begeben, doch kehrte er von diesem Gang nicht wieder zurück.

Primo de Rivera zurückgetreten?

— Paris, 29. Januar. Der „Temps“ veröffentlicht eine telefonische Meldung aus Spanien, wonach Primo de Rivera bereits seinen Rücktritt angeboten habe; das Gesuch sei vom König schon angenommen. Primo de Rivera hätte damit dem Ausgang der von ihm selbst in die Wege geleiteten Aktion vorgegriffen. Diese Mitteilung wird vom „Temps“ allerdings unter allem Vorbehalt wiedergegeben.

Die Soldaten-Verhaftungen.

Ausdehnung der Untersuchung über die kommunistische Werbung im französischen Meer.

Die Ausdehnung der kommunistischen Werbung in französischen Heeresabteilungen nimmt an Umfang immer mehr zu. Die Militärbehörden, die in der vorigen Woche fünf Soldaten des 12. Artillerieregiments in Hagenu wegen Aufforderung zum Ungehorsam verhafteten, sehen zunächst ihre Tätigkeit darin, die Herkunft der bei den Verhafteten aufgefundenen Werbeschriften festzustellen. In einem Dorfe in der Gegend von Straßburg wurde vor einigen Tagen ein Klempner verhaftet, der als Mittelmann zwischen den kommunistischen Jugendverbänden, denen die verhafteten Soldaten angehörten, und den Militärorganisationen diente. Er war es, der die kommunistischen Broschüren verteilte.

Die Ermittlungen der Polizei führten zunächst nach Nancy, wo bei Kommunisten verschiedene Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden. Bei einem gewissen Pothe fand man umfangreiches Material, das über die ganze Ausdehnung der kommunistischen Propaganda in der Armee Aufklärung gibt. Neben einer Handtasche voll Schriften, die in scharfen Worten zum Ungehorsam auffordern, fand man Photographien, die eine Gruppe des 171. Infanterieregiments von Besancon darstellt, wie sie, den Gewehrlauf nach unten, auf dem Kasernenhof steht und schreit: „Es lebe die Republik der Sowjets! Wieder mit der Armee!“ Außerdem wurde eine vollständige Liste derjenigen Soldaten gefunden, die den kommunistischen Jugendverbänden angehören. Die größte Aufmerksamkeit widmet die Polizei einem Schriftstück, das genaueste Aufklärung über die kommunistischen und militärischen Organisationen gibt und den Hinweis liefert, daß im Augenblick in mehr als 40 Regimentern im Osten, Norden und Südosten Frankreichs kommunistische Zellen am Werke sind, um ihr Zerstörungswerk durchzuführen.

Die Elemente haßen . . .

40 Todesopfer der Stürme in Spanien.

Wie aus Vigo gemeldet wird, sind in den heftigen Stürmen der letzten Tage an der nordwestlichen Küste Spaniens drei Fischerboote gesunken, wobei 40 Mann ertrunken sind.

Ueberflutungen in Portugal.

Ganz Portugal ist von schweren Ueberflutungen und heftigen Stürmen, die eine Geschwindigkeit bis zu 145 Stundenkilometer erreichten, heimgesucht worden. Die Stürme haben sowohl im Lande wie an den Küsten großen Schaden angerichtet.

Hauseinfürze in Italien.

In Italien gehen seit einigen Tagen heftige Regengüsse nieder. Wie üblich, beginnen sich daher wieder die Meldungen von Hauseinfürzen zu häufen. In der Provinz Genua stürzte ein fünfstöckiger Neubau aus Eisenbeton wie ein Kartenhaus zusammen, nachdem er von einer Seite vom Regen völlig verwaschen war. Glücklicherweise konnten sich alle Arbeiter gerade noch rechtzeitig retten, da das Haus zunächst einen großen Riß erhielt. In Sampiobarena, ebenfalls in der Provinz Genua, stürzte am späten Abend ein hoher Erdwall in einer Länge von zwölf Metern ein und beschädigte die Kaserne der Karabinier. Während die Feuerwehr noch mit den Aufräumarbeiten beschäftigt war, stürzte ein weiterer Teil des Erdwalles ein und zerstörte die Kaserne fast völlig.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Wie ist die Luft draußen?
Was muß ich anziehen?

Diese Fragen beantwortet
Ihnen ein Fensterthermometer

Niedriger Anschaffungspreis.
Unbegrenzte Haltbarkeit.

H. Breder, Optiker, Bielefeld
Gütersloherstr. 14 Fernruf 1012

Der Deutsche Rundfunk
hat seinen Programmteil
wieder um 8 Seiten erweitert!
nach wie vor die Zeitschrift
mit dem ausführlichsten
Funkprogramm der Welt!

80 Seiten für 50 Pf. • Monatsbezug RM 2.—
Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung
Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Wir suchen für unseren veg.
finderr. Haushalt nicht zu junge,
gesunde, durchaus erfahrene.

Stütze

Voller Fam.-Anschl. Gutes Ge-
halt. Eintritt sofort. Lichtbild,
Lebensl. und Zeugn. an

Bürgermeister Schend,
Bethel-Bielefeld.

Kaufmann

20 J. alt, gestützt auf gute Zeug-
nisse, sucht passend. Wirkungskreis
in der Motorenbranche. Seither
tätig als selbständ. Lohnbuchh.,
Lagerist, Expedient, jetzt in un-
gefund. Stellung. als Einkäufer in
Automobilfabrik. Fremdbl. Zu-
schriften an Karl Beder Nieder-
Ranstadt bei Darmstadt.

Durch Kontrolle eines vereidigten
Chemikers ist die Echtheit meines

Bienen-
Blüten-
garant.

10 Pfd. Dof. 11. 20 RM, vorwiegend.
Ries-Lindenblüte 12.90 RM, halbe
Dof. 6.85 RM u. 7.40 RM, 1 1/2 Pfd.
Dof. 2.05 RM u. 2.30 RM frei
Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr.
Gar. Rücknahme.

Lehrer i. R. Krieger,
Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Opitz
vereinigter Verkaufsstellen der
Anstalt Bethel, zu haben.

Täglich braunschalige
Trinkeier
60 Stück 9.00 Mk. frei Nachn.
Geflügelfarm-Loga zu Loga

Kur-Anstalt
Erholungsheim

vegetarisch und
Rohkost **Ebert**

Benneckenstein-Hochhaus
unweit Braunlage

Pastor Felkekuren. Prosp. trell

Geschwistern empfehle
ich meine hochfeine

Schleswig-Holsteinische
Meierei Tafelbutter

Thomas Henningsen,
Butterversandhaus,
Schörderup, Süderbrarup,
Kr. Schleswig Land.

tägl. morgens frisch hergestellt.
Versand in 9,6 und 5 Pfunds-
Postpaketen gegen Nachnahme.

Kalbsteulen
(Hintersteulen)

in bekannter Güte, täglich frisch,
amtlich gestempelt, RM. 9.— für
netto 9 Pfd. inkl. Porto und Ver-
packung frei Haus, Nachnahme.
H. B. Christophersen,
Böhlund 3, Schl.-Holst.

Der Wert einer

Anzeige

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme
5,10 Mk. Hervorragendes Vor-
beugungsmittel bei chronischen
Gallensteinerkrankungen.

Apotheke, Christianstadt am Boker.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Diakon und Dichter.

Aus dem Leben des Seemannsmissionars Johannes Voh.
Ein Erinnerungsbuchlein von W. Tritteloth. Preis 40 Pfg.
Wie seltene Blüten, die Erinnerung oder Zueignung zwischen die
Seiten legen, nehmen sich die wenigen Gedichte aus. Ihr sarter oder
auch herber Duft teilt sich dem ganzen Büchlein mit.

Mit viel Segen geschmückt.

Erinnerungen an P. D. Wilhelm von Bodelschwingh
von P. Wilhelm Voigt.

Wilhelm v. Bodelschwingh war der älteste Sohn Vater Bodelschwinghs.
Seiner Persönlichkeit und seiner seelsorgerlichen Treue als Vorsther
des Mutterhauses Sarepta wird in diesem Büchlein ein lebendes
Denkmal gesetzt.

Zum Werben für die Diakonissen in Sung-
frauen-Vereinen sehr geeignet.

Mit Bildern, 88 Seiten. Preis 75 Pfg., im Sammelbezug
billiger durch die

Schriftstellerniederlage der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.
Postfachkonto Hannover 49657.